

An das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort
IV/7 (Berufsausbildung, Fachkräfte)
Stubenring 1
1010 Wien
Per E-Mail: hbb@bmdw.gv.at

Wien, am 31.5.2022

Geschäftszahl 2022-0.317.399

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir bedanken uns für die Möglichkeit der Stellungnahme zum ersten Stakeholder-Meeting. Vorweg möchten wir festhalten, dass wir die Einrichtung eines Systems der „Höheren Beruflichen Bildung“ durchweg ablehnen. Aus unserer Sicht sprechen vielfältige Gründe gegen die Einführung der „Höheren Beruflichen Bildung“. Im Folgenden führen wir diese Gründe aus:

- „Höhere Berufliche Bildung“

Der Terminus „Höhere Berufliche Bildung“ ist verwirrend und irreführend. Er suggeriert „hochschulisch“ bzw. „höhere schulische Bildung“, was jedoch nicht der Fall ist. Treffender müsste es wohl „vertiefende berufliche Bildung“ oder „berufliche Weiterbildung“ heißen.

- Konterkarieren von bestehenden Bildungsangeboten durch ein „Berufspraktisches Bildungssystem“

Höchst fragwürdig ist, ob das „berufspraktische Bildungssystem“ ein eigenes System bzw. eine eigene Architektur braucht, insbesondere wenn dieses Hochschulformigkeit suggeriert. Weiterbildung ist grundsätzlich immer wichtig, unabhängig davon, wie und wo die Erstausbildung erfolgt ist. Die bestehenden Systeme bieten vielfältige Möglichkeiten:

Im Hochschulsektor ist mit der hochschulischen Weiterbildung ein eigener Bereich der Weiterbildung gewidmet, der - je nach Angebot - auch Personen ohne akademischen Erstabschluss und ohne Reifeprüfung offensteht.

Erst im Vorjahr wurde das außerordentliche Bachelorstudium eingeführt. Hochschulen können Studien in Kooperation mit einem außerhochschulischen Rechtsträger einrichten, die mit dem Grad Einführung „Bachelor Professional“ bzw. „Master Professional“ abschließen. Damit wird insbesondere die berufspraktische Ausrichtung des Studiums noch stärker in den Fokus gerückt. Ganz gezielt werden mit diesen neuen hochschulischen Weiterbildungsangeboten berufspraktisch ausgebildete Personen angesprochen. Dadurch

wird das Hochschulsystem noch durchlässiger und das Ziel einer höheren Qualifizierung für diese Personengruppe erreicht.

Auch Microcredentials werden von den Hochschulen angeboten. Damit werden sehr spezialisierte Qualifikationen für bestimmte Zielgruppen vermittelt, die insbesondere dem sogenannten Re-Skilling und Up-Skilling dienen. Sie sind je nach Zielgruppe auch Personen ohne allgemeine Universitätsreife zugänglich.

Mit diesen Angeboten wird den Bedürfnissen von Wirtschaft und Industrie nach dringend benötigten, hoch ausgebildeten Fachkräften bereits entsprochen. Die Fachhochschulen sind auch für weitere Kooperationen offen, um Angebote zu schaffen, die sich an bestimmte Zielgruppen wie Personen mit Lehrabschluss richten und spezialisierte Qualifikationen vermitteln.

Die Einführung der „Höheren Beruflichen Bildung“ würde bestehende Angebote und die im Vorjahr erfolgte Reform der Weiterbildung im Hochschulbereich völlig konterkarieren, da sie sich an dieselbe Zielgruppe richten würde wie die außerordentlichen Studien und die sonstigen Fort- und Weiterbildungsangebote zur Höherqualifizierung der Hochschulen.

- USP der Fachhochschulen

Einer der USPs der Fachhochschulen - nämlich die praxisbezogene Ausbildung auf Hochschulniveau - wäre mit Einführung des neuen Systems hochgradig gefährdet. Beide Sektoren nebeneinander werden nicht bestehen können.

Die Fachhochschulen wurden vor fast 30 Jahren gegründet, um wissenschaftlich fundierte Berufsausbildungen anzubieten, die vom Arbeitsmarkt nachgefragt werden. Die „höhere berufliche Bildung“ beabsichtigt, das Prinzip zu übernehmen, allerdings ohne Wissenschaftsbezug. Das „Höhere“ impliziert aber Wissenschaftlichkeit. Ohne Wissenschaft gibt es kein „Höheres“. Ein solches System kann nicht funktionieren bzw. nur, wenn es sich in Richtung „Fachhochschule“ entwickelt, was jedoch einer Verdoppelung des Fachhochschulsektors gleichkäme.

- Durchlässigkeit des Fachhochschulsektors

Einer der bildungspolitischen Aufträge des Fachhochschulsektors ist die Sicherstellung der Durchlässigkeit für Personen mit Lehrabschluss und BMS-Abschluss hin zum Hochschulsystem. Diesem Auftrag werden die Fachhochschulen nicht mehr nachkommen können, wenn mit der „Höheren Beruflichen Bildung“ ein weiteres System etabliert wird, in das die Zielgruppe der Fachhochschulen, nämlich Personen mit Lehrabschluss und BMS-Abschluss, gedrängt wird. Im Ergebnis würde dies auch deutlich weniger Fachhochschulabschlüsse insgesamt bedeuten. Dringend benötigte FH-Absolvent*innen würden Wirtschaft und Industrie damit fehlen.

- Finanzierung

Es ist vorhersehbar, dass ein System der „Höheren Beruflichen Bildung“ zu finanziellen Begehrlichkeiten in Richtung Bund führen würde. Dies würde auch bedeuten, dass den Hochschulen weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stünden. Dies lehnen wir strikt ab. Die Finanzierung der Fachhochschulen muss sichergestellt werden!

Abschließend halten wir fest, dass die Fachhochschulen mit dem Ziel gegründet wurden, eine praxisnahe, berufsfeldbezogene Ausbildung sowie Fort- und Weiterbildungen auf Hochschulniveau anzubieten. Dieser Aufgabe gehen wir seit nahezu 30 Jahren in Kooperation mit Wirtschaft und Industrie erfolgreich nach. Spezielle Bedarfe des Arbeitsmarktes können aufgrund des breiten Spektrums an berufsorientierten Ausbildungsangeboten von den Fachhochschulen gedeckt werden.

Fort- und Weiterbildung werden bereits in unterschiedlicher Form und auf unterschiedlichen Levels angeboten. Die künstliche Aufwertung bestehender Institutionen der Erwachsenenbildung hat in diesem Zusammenhang gesamtgesellschaftlich keinen Mehrwert. Auch die Lehre wird dadurch nicht attraktiver werden.

Wenn das Ziel darin besteht, die berufliche Bildung aufzuwerten, führt an der Kooperation mit den Hochschulen kein Weg vorbei. Nach den erst kürzlich erfolgten Gesetzesänderungen im Hochschulbereich arbeiten die Fachhochschulen mit Partnern aus Wirtschaft und Industrie an der Entwicklung neuer Angebote in der beruflichen Fort- und Weiterbildung. Die Fachhochschulen sind in der Lage, den entsprechenden Bedarfen nachzukommen, ohne dass hierfür ein neuer Sektor geschaffen werden muss.

Hochachtungsvoll



Mag.^a Ulrike Prommer
Präsidentin



Mag. Kurt Koleznik
Generalsekretär